



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2017, St. Gallen

**Corrado Pardini, Mitglied Geschäftsleitung Unia, Sektor Industrie / Nationalrat SP Bern**

(Es gilt das gesprochene Wort)

## **Tinas letzte Stunden**

Liebe Freundinnen, liebe Freunde

Wir haben etwas zu feiern. Ich meine nicht nur den 1. Mai. Es gibt eine gute Nachricht: Tina liegt im Sterben.

Welche Tina? fragt Ihr jetzt vielleicht.

Keine Sorge: **Die** Tina.

T.- I.- N.- A.

There is no alternative.

Das war das Lieblingswort von Margret Thatcher, und Tina ist die Mätresse aller Neoliberalen. Tina sagt: Es gibt keine andere Möglichkeit für die Wirtschaft als Sozialabbau, Millionen-Boni, Sparwahn, tiefe Löhne, unsichere Jobs und Uberisierung, extreme Ungleichheit, Zerstörung des Service public, entfesselte Finanzmärkte und so weiter. Der Neoliberalismus muss regieren, ohne Alternative, und an einer berühmten Hochschule, nur ein paar Steinwürfe von hier entfernt, predigt man das noch immer. Falsch, auch ökonomisch falsch, war T.I.N.A von Anfang an. Es war ja auch keine echte Wirtschaftstheorie, sondern eine Ideologie, welche die Umverteilung von unten nach oben organisierte.

Verrückt daran ist: Allerspätstens seit der grossen kapitalistischen Krise, die vor 10 Jahren begann, ist der Neoliberalismus eine tote Religion. In einer Juli-Nacht 2007 in London hörten die grossen Banken auf, sich gegenseitig billigen Kredit zu geben, weil sie dachten, alle anderen seien genauso bankrott wie sie selbst.

Später, 2008, als die Krise brannte, und die Banken mit Tausenden von Milliarden gerettet werden mussten, zitterten die Konzernherren, Bankster, Aktionäre und ihre Mietpolitiker ein paar Wochen lang.

Sie dachten, ihr System sei am Ende. Auch Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme wie der Kapitalismus haben ein Verfallsdatum. Nach ein paar Monaten aber entspannten sich die Herren des Kapitals. Sie sahen, dass sie ihren Raubzug auf die öffentlichen Finanzen und den Wohlstand ohne echten Widerstand durchziehen konnten.

Es war der grösste Hold-up der Geschichte. Dschingis Khan war ein Anfänger, im Vergleich.

Doch von uns, von der Linken und den Gewerkschaften, kam wenig, viel zu wenig. Nicht einmal eine Regulierung der Banken. Wir haben 68 Milliarden Franken für die Rettung der UBS akzeptiert und dafür nicht einmal einen Deal erzwungen, wie etwa einen besseren Kündigungsschutz,

Mindestlöhne oder eine garantierte AHV. Und erst recht haben wir keinen Gegenentwurf zum Plünderungskapitalismus ins Spiel geworfen.

Die schlimme Wahrheit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir konnten es nicht besser. Glücklicherweise haben wir mit Referenden ein paar der schlimmsten Dinge verhindert. Aber der Neoliberalismus, der uns seit 30 Jahren kujoniert, hat sich auch in viele von unseren Köpfen gefressen. Wir hatten verlernt, was unsere Ahnen noch konnten. Zum Beispiel: Mit breiten Mobilisierungen den sozialen Fortschritt erzwingen. Die Arbeitszeit verkürzen. Bessere Löhne erkämpfen. Viel von uns denken: Wenn wir stillhalten, kommt es irgendwie schon recht. Es ist genau umgekehrt.

Wir sind brav. Viel zu brav.

Haben wir Arbeitenden etwa die gleichen Interessen wie die Aktionäre und Manager? Bekommen wir einen Bonus dafür, dass wir Kolleginnen und Kollegen entlassen? – Nein!  
Werden wir Millionäre, weil wir Fabriken stilllegen? – Nein!  
Verdienen wir Millionen mit Spekulationen auf einen überbewerteten Franken, der unsere Jobs zerstört? – Nein, natürlich Nein.

Wenn man zu brav ist, rächt sich das früher oder später. Die Leute verlieren die Hoffnung. Sie gehen mit T.I.N.A. ins Bett und stehen mit T.I.N.A. auf. Und weil sie schufteten und doch nichts besser wird, und sie sich Sorgen um die Zukunft machen, aber am Ende die SVP oder sonst einen nationalistischen Popanz ihnen die einfachen Lösungen anbietet. Die Ausländer sind an allem Schuld. Schliesst man die Grenzen, sind über Nacht alle Problemen gelöst. So lautet ihr einfältiges Konzept. Ihr seid hier, also trifft dies auf Euch nicht zu.

Wie kritisch die Situation ist, haben jetzt sogar die Super-Manager am Weltwirtschaftsforum in Davos verstanden. Überall sind Fremdenfeinde, Nationalisten und Neofaschisten im Aufwind. Nicht nur in Trumpistan. Oder in Brexitland. Europa zerfällt. Das ist, sagen jetzt sogar die Konzernherrscher, weil 8 Männer heute mehr besitzen, als die ärmere Hälfte der Menschheit. Das ist, weil das reichste 1 Prozent den ganzen neuen Wohlstand, der seit 2008 gewonnen wurde, geklaut hat. Der Neoliberalismus bringt Krieg und Bürgerkrieg.

Aber ich habe Euch eine gute Nachricht versprochen. Vorige Woche haben fast 20 Prozent der Franzosen eine Bewegung gewählt, die sich «les insoumis» nennt. Die Freien, also. Die Kandidaten der Bürgerlichen und der Sozialliberalen von der SP wurden hingegen weggefegt.

Der Chef der Freien, Jean-Luc Mélenchon, hat es knapp nicht in die Stichwahl geschafft. Doch er wird von einer schnell wachsenden Bewegung getragen. In 18 Monaten haben Dutzende von klugen Köpfen die Alternative zum Neoliberalismus entworfen. Über 100 renommierte Ökonomen aus aller Welt unterstützen sie. Ein sackstarkes Programm. Es enthält, was eigentlich ur-sozialdemokratische und ur-gewerkschaftliche Werte sind: Integrale Sozialversicherung für alle. 100 Milliarden Euro Investitionen in den ökologischen Umbau, in die digitale Re-Industrialisierung und eine bessere Ausbildung. Arbeitszeitverkürzung. Erhöhung des Mindestlohnes. Gerechtere Steuern. Alles knallhart durchgerechnet. Plus die soziale Neugründung der EU.

Die Liebhaber von T.I.N.A. liefen dagegen Amok. Fast alle Medien fielen täglich über die Freien her. Doch über 7 Millionen Französischen und Franzosen schöpften Hoffnung. Zum ersten Mal seit 40 Jahren. 7 Millionen für ein Ende des wilden Finanzkapitalismus. 7 Millionen für die Alternative, Adieu T.I.N.A. Aus und vorbei, die Köpfe sind wieder frei.

Unter den 7 Millionen waren viele Arbeitende, die zuerst eigentlich dachten, sie würden die Neofaschistin Marine Le Pen wählen.

Ich kenne diesen Mélenchon nicht. Aber mir macht diese Bewegung Mut. Und ich denke in diesen Tagen oft: Was der kann, haben wir ja schon vorgeschlagen.

Bei uns läuft gerade der Angriff der Rechten auf die AHV und die anderen Sozialversicherungen. Bauen wir die AHV aus! Aber zünftig. Und sorgen wir dafür, dass die älteren Arbeitenden besser geschützt werden. Vor einiger Zeit habe ich dazu eine parlamentarische Initiative lanciert. Wir können das gewinnen.

Dass dieser Laissez-faire-Bundesrat endlich den mörderischen Franken zähmen muss und die Politik den digitalen und den ökologischen Umbau anstossen sollte, fordern wir seit Jahren. Wir haben den Arbeitgebern diverse Vorschläge zur Industriepolitik gemacht.

Verweigern Regierung und Arbeitgeber diese Politik, könnte die Digitalisierung in der Schweiz bald 100'000 Arbeitsplätze kosten. Umgekehrt könnte eine gestaltete Vierte Industrielle Revolution der Schweiz immense Chancen öffnen. Sie könnte die Arbeit leichter und besser machen. Ökologische Vorteile bringen. Neue Industrien schaffen.

Jede industrielle Revolution, das zeigt die Geschichte, verändert mehr als die Produktionsformen und Wertschöpfungsketten. Sie baut eine Gesellschaft in allen Bereichen um: Sie schafft neue Formen der Verteilung, des Transports, der Verkehrs, des gesellschaftlichen Umgangs, bis in die intimen Beziehungen hinein und sogar der Politik.

Arbeitende, etwa der Maschinenindustrie, kennen Digitalisierung seit 30 Jahren. Neu ist, dass jetzt Digitalisierung und elektronische Kommunikation, Big Data, Künstliche Intelligenz, Robotik und Sensorik zu komplexen Systemen zusammengebaut werden. Das ist ein gewaltiger und teilweise gewalttätiger Prozess, der dem Menschen in hohem Masse dient, wenn er konsensuell gestaltet wird. Wird er nicht gestaltet, treibt er die Gesellschaft in die Barbarei.

In der Kommission für Wirtschaft des Nationalrates haben wir kürzlich über parlamentarische Initiativen einer Ständerätin und eines Ständerates gestritten. Grob gesagt wollen sie die Arbeitszeitkontrolle für viele Berufsgruppen lockern oder sogar aufheben. Unverblümt geben Vertreter der Wirtschaft zu, dass ihr Ziel die Schleifung des Arbeitsgesetzes und überhaupt jeder Arbeitszeitbeschränkung ist. Manchem schwebt sogar die Rückkehr zur 6-Tage-Woche vor. Das reiht sich ein in einen langen Reigen von Versuchen, die Nachtarbeit, die Samstags- und die Sonntagsarbeit zu deregulieren.

Wir Gewerkschaften halten dagegen. Weil wir «unmodern» sind, wie Economiesuisse munktelt? Nein. Erstens ist es ökonomisch absurd. Wir haben eine Unterbeschäftigung im Land, die vor allem Frauen betrifft. Zehntausende würden gerne mehr als 30, 50 oder 70 Prozent arbeiten.

Zweitens arbeiten wir in Vollstellen schon mehr als genug. Die reale Arbeitszeit in der Schweiz liegt bei über 42 Stunden. In manchen Branchen höher. Und sie steigt.

Die freie Zeit, also die Begrenzung der Arbeitszeit, ist eine der wesentlichsten Errungenschaften einer zivilisierten Gesellschaft. Jeder, der schon Schicht gearbeitet oder über längere Zeit Überstunden geleistet hat, weiss, was das anrichtet. Gesundheitlich. In seinen sozialen

Beziehungen. Und, wenn er es über Jahre tun muss, in der persönlichen Entwicklung. Was ich Zeitsouveränität nenne, ist ein Menschenrecht. Davon werden wir keinen Schritt abweichen.

Niemand zieht einem Banker oder einer Programmentwicklerin nach 40 Stunden den Stecker. Die Manager wollen uns die Entgrenzung der Arbeitszeit als neue Freiheit verkaufen. Absurd. Ich fühle mich sehr frei, mehr zu arbeiten, weil mir das viel bringt. Aber ein Arbeitsgesetz muss man nur ändern, wenn man die Leute, die **nicht** mehr arbeiten wollen oder können, dazu **zwingen** will, der Firma länger zur Verfügung zu stehen. Das nennt man nicht Freiheit, sondern Zwang.

Klar wollen das die Konzerne: Arbeiten wir bei gleichem Lohn alle zwei Stunden mehr, sind das in der Gesamtheit Milliarden Mehrprofite.

Aber der Streit um die Arbeitszeit geht weit darüber hinaus. Der digitale Umbau der Wirtschaft, die Industrie 4.0, so behaupten Wirtschaftsvertreter, mache die Entgrenzung notwendig. Wir sollen rund um die Uhr erreichbar sein. Und auch in der Freizeit «kleinere Arbeiten» verrichten, wie die Digitalisierer formulierten.

En passant, und das ist der wahre Grund, wollen sie den Unterschied zwischen einem normalen Arbeitsvertrag und Auftragsarbeit schleifen. So steht es in ihrem digitalen Manifest. Das ist ein frontaler Angriff auf die GAV und geregelte Arbeitsverhältnisse. Sie wollen die Digitalisierung auf unserem Rücken vorfinanzieren.

Diese Leute denken sich: In der Vierten Industriellen Revolution kann man doch gleich noch die Arbeitsverträge, den Lohn, den Gesundheitsschutz, die Job-Sicherheit und einiges mehr eindampfen und die Gesellschaft durch-uberisieren. Davon träumt der Aktionär: Ein Volk von schlecht bezahlten und rechtlosen Heimarbeitenden, die ihren Arbeitsplatz selbst finanzieren, ohne soziale Absicherung, ohne Ferienanspruch, auf Abruf und mit Arbeitszeiten von weit über 10 Stunden pro Tag.

There is no alternative, sagen sie uns. Papperlapapp. Tina ist tot. Wir wollen gemeinsam für eine soziale Digitalisierung und mehr Gerechtigkeit sorgen. Wir kennen die Arbeit. Wir schaffen den Wert. Und wir sind starke Akteure. Wenn wir nur wollen.

Es lebe der 1. Mai!